

CDU-Politiker um Thorsten Frei fordern in Leopoldshafen Neuorientierung in der Flüchtlingspolitik

Thorsten Frei und weitere CDU-Politiker lobten bei einem Besuch die Arbeit der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Leopoldshafen und übten zugleich Kritik an der Flüchtlingspolitik.

von Alexander Werner, BNN



Jochen Zühlcke (RP), Bürgermeister Lukas Lang und die CDU-Bundestagsabgeordneten Nicolas Zippelius und Thorsten Frei (von links) besuchen die Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge am Schröcker Tor. Foto: Alexander Werner

Eggenstein-Leopoldshafen - Knapp über 200 Asylsuchende leben derzeit in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) am Schröcker Tor in Eggenstein-Leopoldshafen. Bei 300 Betten und einer zurückliegend zwischen 180 und 250 Menschen schwankenden Belegung sind die Containerbauten noch nicht voll ausgelastet.

Allerdings wurde die Kapazität bereits um 100 Plätze erhöht. Dazu sind Asylanträge in Deutschland seit 2022 massiv um 80 Prozent gestiegen und die behördliche Suche nach neuen Standorten läuft auf Hochtouren.

Einrichtung in Leopoldshafen wird von Maltesern betreut

Für Thorsten Frei war es als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die bislang kleinste Einrichtung ihrer Art, die er jetzt bei einer Besichtigungstour zum Thema „Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung“ in Augenschein nahm. Mit dabei waren Nicolas Zippelius, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Karlsruhe-Land, sowie Bürgermeister Lukas Lang (parteilos) mit CDU-Gemeindeverbandsvorsitzendem Volker Repple.

Betreut wird die Einrichtung im Auftrag des Regierungspräsidiums Karlsruhe (RP) von den Maltesterwerken. Wie Leiterin Ilona Kühn berichtete, befinden sich dort bei einer Verweildauer von zwei bis drei Monaten vor allem Menschen aus Afghanistan, Syrien und Indien. Dazu kämen auch Asylsuchende aus Georgien, dem Balkan oder Afrika.

Nina Gregotsch veranschaulichte als RP-Sachgebietsleiterin bei der Führung, wie die Menschen vor Ort voll versorgt werden und welche wichtige Rolle ein strukturierter Tagesablauf mit Beschäftigungsangeboten spielt. So besteht auch eine Kooperation mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) Campus Nord, das Sportplätze zur Verfügung stellt. Jochen Zühlcke verdeutlichte als Leiter der Abteilung Flüchtlingsangelegenheiten im RP die Herausforderung der Unterbringung für Politik und Kommunen, deren Kapazitäten an ihre Grenzen stießen.

Frei lobt gute Organisation

Frei zeigte sich beeindruckt von der guten Organisation und Arbeit vor Ort. Bereits beim Rundgang sprach er das Thema von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsländern an. „Wir sind der Auffassung, dass die Politik anders aufgestellt werden muss bei Orientierung, Steuerungen und Begrenzung“, sagte er.

Um 80 Prozent gestiegene Anträge würden auf darauf nicht vorbereitete Strukturen treffen, kritisierte er. „Es gibt andere Maßnahmen zur Steuerung.“ Er plädierte für deutlich schnellere Verfahren bei Menschen aus Georgien, dem Balkan oder den nordafrikanischen Maghrib-Ländern. Optimiert werden müssten auch die Verfahren zur Rückführung.

Zippelius kritisiert Ergebnisse des Bund-Länder-Gesprächs

Zippelius reflektierte Erfahrungen in seinem Wahlkreis. „Die Bürgermeister sagen, dass Geld alleine nicht reicht“, erläuterte er und nannte etwa die Integration. Er kritisierte insofern auch die Ergebnisse des jüngsten Bund-Länder-Gesprächs zu Flüchtlingspolitik mit Bundeskanzler und Ministerpräsidenten.

„Die Anforderungen betreffen nicht nur die Aufnahme, sondern gehen weit darüber hinaus und ein 2023 zusätzlicher Betrag von einer Milliarde Euro für Länder und Kommunen reicht eh bei Weitem nicht aus“, erklärte er.

Lob gab es bei der Veranstaltung für die engagierte Kooperation der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen und der Ehrenamtlichen der Flüchtlingshilfe. Bürgermeister Lang stellte heraus, dass die Flüchtlinge im Ort grundsätzlich gut aufgenommen würden.

„Mein Eindruck ist, dass alles sehr gut funktioniert und harmoniert. Wir sehen keine wirklichen Problempunkte“, sagte er. Vorteil der LEA ist für die Kommune, dass Anschlusszuweisungen wegfallen und sie sich so auf die Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen konzentrieren kann, die keinen Asylantrag stellen müssen.